



Effizient und profitabel

Wer rettet den bürgerlichen Staat vor den Privatisierern?

Die globale Privatisierungswelle hat die Schweiz erreicht. Wellen geworfen haben bisher aber nur grössere Privatisierungen wie die der Swisscom. Die meisten Privatisierungen werden aber auf kantonaler oder kommunaler Ebene Wirkung zeigen. MOMA sucht im Streitpunkt zwischen Franz Cahannes und Ruth Genner nach den Grundfragen und Grundlagen der Privatisierung und nach möglichen politischen Antworten. Die Fragen stellten Daniel Lampart und Roland Brunner, die Abschrift besorgte Florian Wick.

Was bedeutet für euch Privatisierung?

Ruth Genner: Zuerst müssen wir den Rahmen umreissen, in dem Privatisierung stattfindet. Die öffentlichen Finanzen stehen heute unter massivem Spardruck. Der Staat hat nicht mehr das Geld, allen seinen Aufgaben nachzukommen. Daher versucht man, ihm einige Aufgaben abzunehmen. Wir müssen zwischen zwei Ebenen unterscheiden: Sollen

nur die Aufgaben des Staates oder auch seine Institutionen privatisiert werden? Mit *New Public Management* (NPM) versucht man, Aufgabenbereiche des Staates zu privatisieren,

Auch der Staat muss Leistungen effizient erbringen. Das soll ihn aber nicht auf eine Stufe mit der Privatwirtschaft stellen, die einzig unter dem Aspekt von Profit funktioniert.

mit dem Argument, bestimmte Leistungen müssen nicht unbedingt vom Staat erbracht werden, sondern könnten unter festgelegten Bedingungen auch von anderen Anbietern geleistet werden. Dagegen ist nichts einzuwenden. Die Frage ist, ob wir auf die Rahmenbedingungen zur Erbringung dieser Leistungen Einfluss nehmen können.

Vor allem bezüglich Effizienz hat der Staat einiges versäumt. Auch der Staat muss Leistungen effizient erbringen. Das soll ihn aber nicht auf eine Stufe mit der Privatwirtschaft stellen, die einzig unter dem Aspekt von Profit funktioniert. Eine Aufgabe, die keinen Gewinn erbringt, wird die Privatwirtschaft nicht übernehmen. Das darf für den Staat nicht gelten. Grundsätzlich gibt es Aufgaben, die der Staat privatisieren kann. Die Auswirkungen auf die erbrachten Leistungen müssen aber genau geprüft werden.

Franz Cahannes: Wir müssen nicht bei den richtigen Rahmenbedingungen, sondern bei den Interessen ansetzen, die hinter Privatisierungen stehen. Es gilt, die politischen und die sehr vitalen materiellen Interessen herauszuschälen. Wir müssen unterscheiden zwischen Effizienzsteigerungen, wie sie NPM anstrebt, und effektiven Privatisierungen – von der Swisscom bis zum Zürcher Flughafen oder den Elektrizitätswerken. Der Spardruck führt dazu, dass



Franz Cahannes ist Kantonsrat der SP in Zürich und Präsident des kantonalen Gewerkschaftsbundes. Er arbeitet als Zentralsekretär der Gewerkschaft Bau&Industrie GBI.

Effizienzsteigerung als alleinseligmachendes Mittel ins Zentrum gestellt wird. Aber Spardruck ist nicht die Hauptursache dafür, dass staatliche Aufgaben und Anstalten in Aktiengesellschaften überführt werden. Wir stehen unter dem Einfluss der Entwicklungen der ganzen Welt. Die Schweiz tritt – mit 10 Jahren Verspätung – in die Spuren von Reagan und

Der Spardruck führt dazu, dass Effizienzsteigerung als alleinseligmachendes Mittel ins Zentrum gestellt wird.

Thatcher. Die Bürgerlichen haben in diesem Liberalisierungsprozess Oberwasser.

Es gilt zu unterscheiden zwischen den Aufgaben im Sinne des *Service public*, die für die Menschen eines Landes, eines Kontinents grundlegende Bedeutung haben, und denen, die historisch entstanden sind, heute aber keine Berechtigung mehr haben. Für solche althergebrachten Leistungen steht zum Beispiel die Staatskelerei. Sie wurde bestimmt nicht staatlich geschaffen, um grosse Profite zu erzielen. Sie bedarf keiner ausgeprägten demokratischen Kontrolle, es stehen auch nicht grosse Interessen der Bevölkerung dahinter. Dieses Exotikum steht damit anders da als die Frage nach der Privatisierung des

Zürcher Flughafens oder der Kantonalbank. Bei diesen besteht die Gefahr, dass sie unter dem gegenwärtigen politischen Druck an rein profitorientierte Käufer gehen und sie damit auch der demokratischen Kontrolle entzogen werden.

Einerseits besteht Spardruck, der nach Effizienzsteigerung ruft, worunter auch Privatisierungen fallen können. Auf der anderen Seite wird nach konkreten Interessen gefragt und die Entdemokratisierung thematisiert. Vertreten ihr damit zwei gegensätzliche Positionen?

Ruth Genner: Ich habe eingangs klar unterschieden zwischen der Privatisierung staatlicher Aufgaben und derjenigen staatlicher Institutionen. Um meine Sicht klarzumachen, nehme ich ein Beispiel. Die Abfallbewirtschaftung ist eine staatliche Aufgabe, die privatisiert werden kann, bei der aber keine grossen Gewinne locken, auch wenn eine Effizienzsteigerung möglich ist. Die Privaten werden sich jedenfalls darum nicht reissen. Beim Beispiel Flughafen liegen wir völlig anders. Bei ihm wird die parlamentarische Kontrolle entzogen. Auch aus volkswirtschaftlicher Sicht ergeben sich hier Probleme: Es braucht enge Rahmenbedingungen im ökologischen Bereich, im Bereich der Abgaben, aber auch für die Arbeitsverträge. Werden solche Bedingungen nicht

festgelegt – sei es, dass die Ökologie vernachlässigt wird, weil zu teuer, oder zum Beispiel Nischenarbeitsplätze verschwinden oder Lohnkosten gedrückt werden –, sehe ich die Tendenz zu einem Thatcherismus, einem staatlich geförderten Wirtschaftsliberalismus, der mir absolut nicht gesellschaftsverträglich scheint.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht kann sich der Staat bei Aufgaben, die einen service public ausmachen, nicht bedingungslos zurückziehen.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht kann sich der Staat bei Aufgaben, die einen *Service public* ausmachen, nicht bedingungslos zurückziehen; ich denke an das Beispiel der Bahnen, die ab Januar privatisiert werden. Hier besteht die Gefahr eines Abbaus des Regionalverkehrs. Natürlich kann der Staat solche Leistungen bei Privaten bestellen, aber ich glaube nicht, dass er heute überall eine solche Bestellerfunktion bereits wahrnehmen kann, weil dazu die erforderliche Kultur des Bestellens fehlt.

Franz Cahannes: Wenn ich von der Interessenfrage ausgehe, möchte ich das natürlich nicht schematisiert tun. In der Schweiz sind die gesellschaftlichen und politischen Interessen aber weniger offensichtlich und offen gelegt als beispielsweise im Thatcher-England oder in den USA. Die Bürgerlichen haben dazugelernt. Sie haben schwammige Begriffe eingeführt wie "Privatisierungsfähigkeit". Das heisst, ein Betrieb wird in eine Aktiengesellschaft überführt, die zu 100 Prozent dem Staat gehört. Die StimmbürgerInnen meinen dann, das sei nur eine Frage der Rechtsform und damit kein Problem. In Wirklichkeit beinhaltet dies aber den ersten Schritt zur vollständigen Privatisierung. Deshalb ist die Frage der Demokratie in der Übergangsphase so wichtig. Bei der Behandlung des neuen Zürcher Kantonalbankgesetzes erklärte zum Beispiel ein FDP-

Bürgerlicher vor dem Präsidenten der Bankenkommission in der Kommission ganz naiv, er sei zufrieden mit der Überführung in eine AG, die gänzlich in der Hand des Staates wäre, denn "dann können wir darüber befinden, ob wir AKW-Aktien kaufen wollen oder nicht; das Volk hat nichts mehr dazu zu sagen."

Ich wehre mich auch gegen die Pauschalbehauptung, dass in privaten Betrieben effizienter gearbeitet werde als in staatlichen. Gerade linke und alternative Gruppierungen haben solchem Gerede nichts entgegengesetzt. Die Angestellten haben ja weder hier noch dort wirklich Eigeninteressen, sie sind nicht BesitzerInnen ihrer Unternehmen. Wir müssen auf der Linken diese Bausteine des ideologischen Gebäudes der Bürgerlichen viel stärker hinterfragen. Fragen wie die nach demokratischem Einfluss, Sozialverträglichkeit, Effizienz, Bürokratie gehören dazu.

Ruth Genner: Unter Effizienz habe ich nicht einfach Arbeitseffizienz verstanden. Es geht mir auch um die Effizienz der Mittel. Eine Bahn AG kann unterschiedliche Preisangebote an unterschiedliche KundInnen machen, was eine staatliche Unternehmung aus rechtsstaatlichen Überlegungen nicht darf. Damit kann eine private Institution nachher besser dastehen. Andererseits könnte ein Preiskampf bei der Freigabe der Schienen an verschiedene Anbieter sehr schaden.

Welche Kräfte treiben die Privatisierung voran? Ist es die Eigendynamik der Marktkräfte, das politische Programm neoliberaler bürgerlicher Politik oder gar sozialdemokratischer Gestaltungswille zur Modernisierung der Gesellschaft?

Ruth Genner: Es gibt eine Vielzahl von Kräften, aber meiner Ansicht nach wird die Privatisierung vor allem von Anhängern des schlanken Staates gefördert. Hätten wir eine andere Führungskultur des Staates entwickelt, dann könnten wir anders Einfluss nehmen auf diese Institutionen. Beispiel Bahn: Im Eisenbahngesetz hat man den Regionalverkehr an die Kantone delegiert. Hier sehe ich mangelnden Führungswillen der



Ruth Genner, dipl. Lebensmittel-Ingenieurin ETH, ist heute in der Gesundheitsförderung tätig. Von 1987–1997 war sie in Zürich Kantonsrätin für die Grüne Partei. Seit 1998 ist sie Nationalrätin und Mitglied der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen.

Bundesbehörden. In den Kantonen fehlt es teilweise an der erwähnten Kultur des Bestellens. Aus Sicht einer Gesamtverkehrspolitik kann

***Schlanker Staat bedeutet,
um es klar zu sagen,
staatliche Leistungen
gezielt abzubauen.***

man nicht einfach einen Teil herausbrechen und den Kantonen überlassen; das ist eine Aufgabe des Bundes. Aus volkswirtschaftlicher Sicht werden hier Fehler gemacht – auch von sozialdemokratischer Seite her.

Franz Cahannes: Wir müssen unterscheiden zwischen Ursache und Wirkung. Ich stelle fest, dass das Schema links-rechts nach wie vor spielt. Natürlich wird auf internationaler Ebene viel vorgeprägt von dem, was jetzt langsam in der Schweiz geschieht. Aber GATT und WTO sind sicher nicht entscheidend dafür, dass wir in der Schweiz privatisieren "müssen", sei das im Strommarkt oder bei der Bahn. Hier sind konkrete bürgerliche Interessen im Spiel, für die es ein janusköpfiges Muster gibt. Am offensichtlichsten sind die Interessen, wo es um Privatisierungen geht, die in kurzer Zeit rentabel

werden können, zum Beispiel die Telecom. Daran werden sich einige dumm und dämlich verdienen. Daneben gibt es Interessen an einem schlanken Staat, die nicht so durchsichtig sind. Was heisst denn ein schlanker Staat? Das bedeutet, die Staatsquote zurückzuführen, aber auch, mit bescheidenen Mitteln die Aufgaben noch erfüllen zu können, die auch in bürgerlichen Programmen stehen. Die Schubkraft dazu liefert das ideologische Konstrukt des Marktes, das dem Einzelnen vorgaukelt, mit der Privatisierung werde alles besser und zudem könne der Staat mit Verkäufen endlich seine Schulden bezahlen.

Ruth Genner: Schlanker Staat bedeutet, um es klar zu sagen, staatliche Leistungen gezielt abzubauen. In der Stadt Zürich sind wir mit einer perfiden Politik der SVP konfrontiert, die sozialstaatliche Leistungen als Randgruppenpolitik verschreit und schlecht macht. Da stellt sich die Frage, was eigentlich die Aufgaben des Staates sind. Ich sehe einen wachsenden Druck, Leistungen des Staates kalt abzubauen. Tendenziell werden qualitativ hochstehende Leistungen künftig von Privaten erbracht. Diese Leistungen sind aber so teuer, dass viele sie sich nicht (mehr) leisten können. Dem Staat obliegen dann die günstig gehaltenen Grundaufgaben – zum Beispiel in den



Spitälern. Solche Ansätze sind erschreckenderweise sogar im Bildungswesen zu beobachten.

Wer bezahlt die Kosten für solche Privatisierungen?

Franz Cahannes: Aus internationaler Sicht kommen bis auf ganz wenige Ausnahmen immer die Angestell-

Die Linke steigt oft zu früh in Diskussionen ein, wie Auswirkungen aufgefangen werden könnten, statt zuerst zu analysieren, ob eine Privatisierung im konkreten Fall überhaupt notwendig und sinnvoll ist.

ten unter die Räder. Die Linke steigt oft zu früh in Diskussionen ein, wie diese Auswirkungen aufgefangen werden könnten, über Gesamtarbeitsverträge (GAV) zum Beispiel, statt zuerst zu analysieren, ob eine Privatisierung im konkreten Fall überhaupt notwendig und sinnvoll ist. Nehmen wir als Beispiel die Privatisierung von Reinigungsdiensten in Spitälern. Da werden Kosten gespart, das entsprechende Spital kann diese Aufgabe nach aussen delegie-

ren. Gerade beim Reinigungsdienst gibt es aber Hinweise, dass sich langfristig die Kosten für die ausgegliederte Reinigung erhöhen. Ein anderes Beispiel ist die Privatisierung städtischer Buslinien in Zürich. Da möchte ich sehen, in welchem Zustand die privat betriebenen Busse in fünf Jahren sind.

Grundsätzlich bin ich nicht der Ansicht, dass der Staat an jeder Aufgabe, die er in seiner Geschichte übernommen hat, festhalten muss. Jede Aufgabe muss analysiert werden darauf, ob sie im öffentlichen Interesse erbracht werden soll oder nicht. Es sollte sogar geprüft werden, ob der Staat nicht innovativ neue Aufgaben übernehmen muss, die für Private noch zu wenig lukrativ sind. Die Eisenbahn ist ein schönes Beispiel. Private haben vor 100 Jahren dem Staat die Bahnen verkauft, der hat eine breite Infrastruktur hingestellt, und jetzt lädt man mit einer Teilprivatisierung Private wieder zum profitablen Geschäft ein.

Ruth Genner: Gerade bei Innovationen war der Staat in den letzten Jahren zu statisch. In einem statischen Staat sind die Privaten diejenigen, die Innovationen schaffen.

Bei riesigen Institutionen wie dem Flughafen sehe ich keine Notwendigkeit der Privatisierung. Hier bräuchte es eine bessere Führung durch die Regierung, welche jedoch

keine politischen Zielvorgaben macht, die den Interessen der Bevölkerung entgegenkommen. Diese Politik ist geprägt von einer Verquickung der Interessen, sitzt doch beispielsweise der designierte Verwaltungsratspräsident der Swissair in den entscheidenden politischen Gremien. Er hat bestimmt Interesse daran, den Flughafen so frei von Vorgaben zu führen wie möglich.

Gibt es Privatisierung ohne Profit? Kann es ein Ansatz fortschrittlicher Politik sein, neue Profitspielräume zu schaffen in bisher dem Profit entzogenen gesellschaftlichen Aufgabenbereichen?

Ruth Genner: Die Frage lautet: Wer profitiert? Wenn die Volkswirtschaft davon profitiert, dass Aufgaben staatlich wahrgenommen werden, dann darf nicht privatisiert werden. Wichtige Merkmale staatlichen Handelns sind Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Rechtsstaatlichkeit.

Die Volkswirtschaft verlor und verliert teilweise Mittel, weil bei staatlichen Anbietern zielorientiertes Denken und entsprechende Führungsinstrumente fehlen. Zum Beispiel beim Verkehr: Da wurden ein-

Wenn die Volkswirtschaft davon profitiert, dass Aufgaben staatlich wahrgenommen werden, dann darf nicht privatisiert werden.

fach Dienstleistungen erbracht, und am Ende des Jahres wurden die roten Zahlen zusammengerechnet. Zielorientiertes Arbeiten und Steuern fehlte beispielsweise für Zürich, bevor der Verkehrsverbund (ZVV) geschaffen wurde. Zudem wurde oft unsorgfältig mit knappen Ressourcen umgegangen, so dass auch von links Druck entstanden ist, Aufgaben auszulagern. Dieser Druck ist teilweise unberechtigt, denn in solchen Institutionen müssten lediglich Instrumente geschaffen werden, Mittel zielorientierter einzusetzen. Dann gingen auch mögliche Gewinne nicht an Private verloren.

Was soll angesichts all der anstehenden Privatisierungsfantasien geschehen?

Franz Cahannes: Es gibt Grund zur Hoffnung. Bis jetzt haben die Bürgerlichen bei Privatisierungskämp-

Wir müssen innovativer sein und uns überlegen, wie wir bestehende Leistungen neuen Bedürfnissen anpassen können. Es braucht eine fortschrittliche Zielorientierung und nicht eine Rückzugsposition.

fen meistens verloren. Beispiele dafür sind das Abfuhrwesen in Basel, die Gebäudeversicherung oder die Kantonalbank in Zürich oder die Notariate. Ich bin überzeugt, dass bei entschlossenem Auftreten Swisscom und PTT nicht umgewandelt worden wären. In Bezug auf die Konkurrenzfähigkeit spielt es keine Rolle, ob diese Betriebe als Aktiengesellschaften, Genossenschaften oder gar als Stiftungen geführt werden. Es zählt einzig, wer welche Leistung in welcher Zeit zu welchem Preis erbringt. Wir müssen selber innovativer sein und uns überlegen, wie wir bestehende Leistungen neuen Bedürfnissen anpassen können. Es braucht eine fortschrittliche Zielorientierung und nicht eine Rückzugsposition.

Ruth Genner: Ich sehe die Gefahr, dass keine Innovation kommt, solange Staatsbetriebe Monopolcharakter haben. Ein Monopolist hat schwerlich Innovationsbestrebungen. Innovation kann auch einfach Arbeitsverhältnisse betreffen, zum Beispiel diejenigen der Frauen. Jahresarbeitszeiten, faire Löhne, Mutterschaftsurlaub, Kinderzulagen sind Stichworte, bei denen doch einiges versäumt worden ist. Auch die Gewerkschaften haben diese Aufgabe vernachlässigt. Hier wird dem Ruf nach Privatisierung Vorschub geleistet, wenn keine neuen Modelle entwickelt und diskutiert werden.



Franz Cahannes: Es ist bestimmt nicht alles der Verwertungslogik zu unterstellen. Andererseits leben wir auch nicht in einer *black box*. Eine Kantonalbank hat zum Beispiel nicht nur gewinnorientierte Ziele, aber sie muss überleben können. Vor zwanzig Jahren haben wir noch anders diskutiert. Nehmen wir die Tragödie des Zürcher Verkehrsverbundes ZVV. Hier ist die Frage heute nur noch: Wer kann zu welchen Preisen welche Kilometerleistung erbringen, und was sparen wir dabei. Vor zwanzig Jahren wurde noch über ein Gratis-tram diskutiert, mit dem Argument, eine gute Stadt brauche ein gutes Verkehrsnetz. Das sei eine Aufgabe, die der Staat übernehmen soll, dafür bezahlen wir schliesslich Steuern. Daran sieht man die Veränderung der Diskussion.

Es gibt übergewichtige Interessen, die nicht mit Geld abgeltbar sind. Dann gibt es Institutionen, die in Konkurrenz zueinander stehen und ihre Leistungen dementsprechend gestalten müssen. Da wird auch die Diskussion über die geplante Liberalisierung des Strommarktes sehr interessant werden.

Ruth Genner: Gegen gewisse Privatisierungen wehre ich mich auch, beispielsweise bei der Kantonalbank oder dem Flughafen. Aber die "Wehrfähigkeit" ist eine Frage der Kräfteverhältnisse. Eine andere Möglich-

keit besteht in Mitspracherechten. Im Airport nimmt die Wachstumseuphorie ungeahnte Ausmasse an. Da muss die Anzahl Flüge klar nach oben begrenzt werden. Gebührenpflichtige Emissionszertifikate müssten erstellt werden usw. Damit würde die grenzenlose Ausweitung der Profitmarge eingeschränkt. Befürchtungen einer nachträglichen Verschiebung der Angebote bei der Privatisierung könnte damit etwas entgegengehalten werden.

Heute herrscht – dank Steuer-geschenken an die Reichen und die Unternehmen – Knappheit in der Finanzkasse. Damit sind Privatisierungen öffentlicher Leistungen rhetorisch quasi unausweichlich geworden. Wie kann Widerstand gegen solche Privatisierungen geleistet werden?

Franz Cahannes: Dort, wo etwas hochprofitabel ist, müssen wir uns deutlich gegen Privatisierungen wehren, zum Beispiel im Fall der Kantonalbank oder des Flughafens. Man darf keine Angst haben, den politischen Kampf aufzunehmen. Das heisst nicht, dass man keine Rückzugsposition entwickeln kann, aber von Anfang an die Privatisierungsabsichten zuzustimmen und nur noch über die Bedingungen zu diskutieren, ist falsch, weil man damit Trümpfe vorzeitig aus der Hand gibt.

Ruth Genner: Stark sind wir dann, wenn wir möglichst nahe an einer Institution, welche in Veränderung ist, dran sind. Die BürgerInnen haben dann grösseres Interesse an einer Mitsprache, und wir haben entsprechend mehr Gewicht. Ein Elektrizitätswerk beispielsweise ist für die Bevölkerung etwas relativ Abstraktes.

Ein Teil der etatistischen Linken hat sich zunehmend zur Staatskritikerin entwickelt und sieht jetzt Privatisierungen als Beitrag zur "Entstaatlichung" und zur Aufhebung staatlicher Entmündigung. Wo bleibt die Gesellschaft bei der Frage von "privat" und "Staat"?

Franz Cahannes: Der Etatismus der Linken ist eine historische Konstante. Das Heil liegt aber nicht immer beim Staat, das haben wir unterdessen festgestellt. Aber was sind denn

Als Linke dürfen wir nicht bei der Verteufelung des Staates mitmachen. Der Bürokratediskurs ist nicht die Diskussion, welche die BürgerInnen wirklich beschäftigt.

Aufgaben, die durch eine Instanz kontrolliert werden müssen, sei es durch Rahmenbedingungen oder Selbstangebot? Das sind beispielsweise Bildung, Gesundheit, Sozialversicherungen. Hier ist das Ziel, eine gewisse Gerechtigkeit zu schaffen und die Schere zwischen Arm und Reich zu schliessen.

Als Linke dürfen wir nicht bei der Verteufelung des Staates mitmachen. Der Bürokratediskurs ist nicht die Diskussion, welche die BürgerInnen wirklich beschäftigt. Sie beschäftigt nicht die Frage, wieviel Gesetze es gibt. Das hat vor fünfzig Jahren auch niemand gewusst. Wesentlich ist für einen Angestellten die Tatsache, dass er sich heute für jeden Brief juristisch absichern muss, ob der Brief so auch stimmt, oder ob er ein vorgelegtes Formular akzeptieren darf. Und enerzierend für die Bürgerinnen und Bürger ist dann der Umstand, dass die Staatsangestellten ihnen gegenüber

als "Tüpfelschisser" auftreten müssen.

Ruth Genner: Ich möchte hier die Geschlechterfrage einbringen. In Schweden sind beispielsweise mehr Frauen im öffentlichen Dienst als in der Privatwirtschaft, weil sie dort

Auch die Frage nach der Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit muss gestellt werden. Es ist Aufgabe der Politik, hier für eine Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen.

bessere Chancen vorfinden. Vom öffentlichen Spardruck waren dann auch die Frauen am meisten betroffen. Auch die Frage nach der Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit muss gestellt werden. Das ist ein sehr wichtiger Aspekt der Geschlechterfrage. Es ist Aufgabe der Politik, hier für eine Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen. Vieles wurde während langer Zeit mit unbezahlter Arbeit erledigt – beispielsweise Reproduktions-, Alters- oder Pflegearbeit. Durch eine zunehmende Professionalisierung wurden einige dieser Aufgaben nach und nach dem Staat übertragen. Weil wir heute an Grenzen stossen und diese Aufgaben nicht mehr einfach finanzieren können, müssen neue Modelle gesucht werden.

Wären Genossenschaften ein mögliches Feld zwischen Staat und Privatwirtschaft? Liegt hier ein Potenzial, Wirtschaft und Politik wieder näher an die Gesellschaft heranzuholen, indem sie kleinräumiger organisiert werden?

Ruth Genner: Bei Betrieben mit Arbeitenden, die keinen Profit, sondern einfach die Deckung aller ihrer Kosten anstreben, finden wir Modelle, die für die Zukunft wegweisend sein können. Da kann man auch die Arbeitsbedingungen gut gestalten. Man sieht das bei kleinen Betrieben, in denen die Angestellten gut verdienen im Vergleich zu Betrieben, die

Profit erwirtschaften müssen. Viele, die sich heute selbstständig machen, orientieren sich an solchen Modellen.

Franz Cahannes: Genossenschaften können sinnvoll gewisse Nischen ausfüllen. Aber ich kann mir eine Genossenschaft nicht als Form vorstellen, die zum Beispiel in zwanzig Jahren die Kantonalbank übernimmt. Das Genossenschaftswesen ist ein Nischenbereich. Ich glaube, es braucht verschiedene Formen. Stiftungen sind in gewissen Bereichen sinnvoll. Auch das Aktienrecht kann Formen anbieten, wenn nicht einige mächtige Minderheitsaktionäre mitmischen. Die grundsätzliche Frage ist immer, auf welcher Stufe welche Form anzuwenden ist.

Es scheint nichts am Staat vorbeizugehen. Ist ein effizienter, demokratischer Staat die beste Alternative zur Privatisierungswelle?

Franz Cahannes: Aktuellerweise sehe ich keine andere Alternative. Als Linke sind wir in der Situation, dass wir diesen mehrheitlich bürger-

Als Linke sind wir in der Situation, dass wir diesen mehrheitlich bürgerlich beherrschten Staat verteidigen müssen gegen das wildgewordene Bürgertum.

lich beherrschten Staat verteidigen müssen gegen das wild gewordene Bürgertum. Aus dieser Diskussion heraus müssen wir neue Perspektiven entwickeln. Die Alternative dazu ist die Demontage gesellschaftlicher Aufgaben, die irgendwelchen Mafiosi überlassen werden. Die Diskussion um den Staat bringt die Frage des Etatismus und gesellschaftlicher Alternativen im Rahmen von Solidargemeinschaften neu auf den Tisch.

Ruth Genner: Dem kann ich mich anschliessen. ●